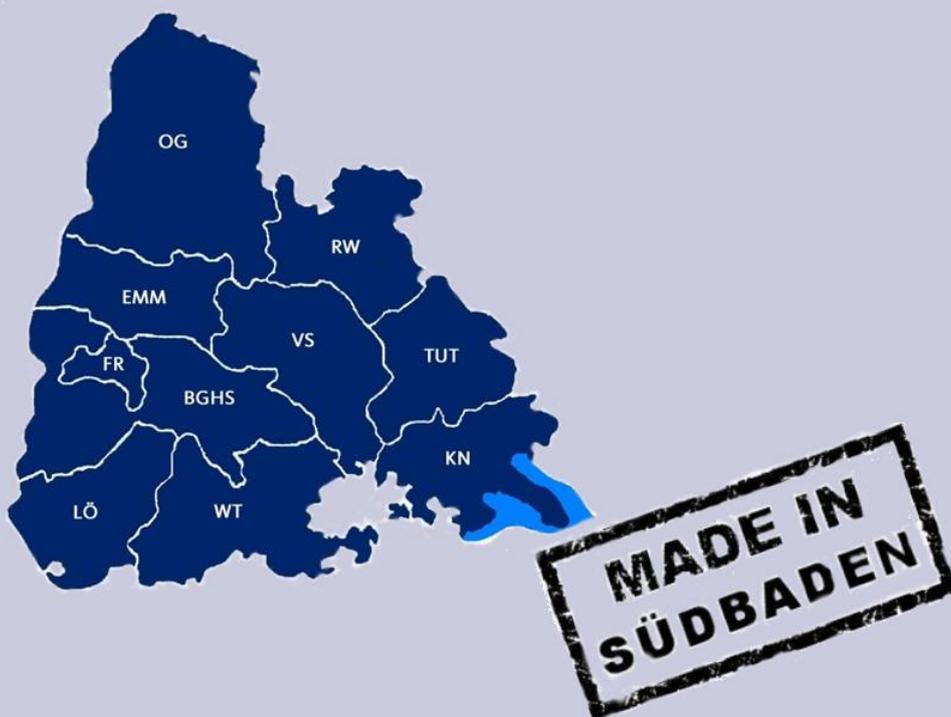


# SÜDBADEN 2020



## LEITANTRAG

ZUM 39. ORDENTLICHEN BEZIRKSTAG  
DER JUNGEN UNION SÜDBADEN

BESCHLOSSEN AM 9. UND 10. MAI 2009 IN DONAUESCHINGEN

## Inhalt

1.	<b>Vorwort</b> .....	1
2.	<b>Wirtschaft und Infrastruktur</b> .....	1
2.1	Verkehrsverbünde .....	1
2.2	Verkehrswege .....	2
2.3	Wirtschaftsförderung .....	3
2.4	Tourismus .....	4
2.5	Landwirtschaft .....	5
3.	<b>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit</b> .....	5
3.1	Infrastruktur stärken .....	6
3.2	Umwelt schützen .....	6
3.3	Sprachfähigkeiten ausbauen .....	7
3.4	Austauschprogramme stärken .....	7
3.5	Regionale Städtepartnerschaften anstreben .....	7
3.6	Drei-Nationen-Spiele .....	7
3.7	Wissensregionen Oberrhein und Bodensee vertiefen .....	8
3.8	Internationale Gremien weiterentwickeln .....	8
4.	<b>Umwelt</b> .....	8
4.1	Energieversorgung in Südbaden .....	9
4.2	Energielieferant ländlicher Raum .....	10
4.3	Emissionsfreier ÖPNV .....	10
4.4	Flächenmanagement .....	11
5.	<b>Bildung</b> .....	11
5.1	Schulstruktur im ländlichen Raum .....	11
5.2	Ganztagesschulen .....	12
5.3	Lehrerversorgung .....	13
5.4	Keine Zweitwohnsitzsteuer für Studierende .....	13
6.	<b>Gesundheits- und Katastrophenschutz</b> .....	13
6.1	Ärztliche Versorgung .....	13
6.2	Kliniken .....	13
6.3	Rettungsdienste .....	14
6.4	Katastrophenschutz .....	14
6.5	Feuerwehr .....	14
7.	<b>Haushaltspolitik</b> .....	15
7.1	Transparenz der kommunalen Haushalte fördern .....	15

## 1. Vorwort

Der Regierungsbezirk Südbaden entwickelte sich als Randregion der Bundesrepublik zum Motor für das Zusammenwachsen Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz im Herzen Europas. Unsere Stärken sind die gute Infrastruktur, das mittelständisch geprägte und weltweit erfolgreiche Unternehmertum und die hohe Lebensqualität. Viele Bürgerinnen und Bürger sind ehrenamtlich engagiert, betreiben Brauchtums- und Kulturpflege und schaffen damit ein gutes Miteinander, Heimat und Identität. Aber dies ist keine Selbstverständlichkeit, der Strukturwandel erfordert vielerlei Anpassungsprozesse: Von den zentrumsfernen Dörfern ziehen Bürger und Unternehmen weg, Schulstandorte und Versorgungseinrichtungen müssen geschlossen werden oder sind vielfach von Schließungen bedroht. Wir müssen auch weiter eine gute Balance zwischen Zentren und Randlagen finden, unsere Stärken nutzen, weiter ausbauen und die Schwächen abarbeiten. Die Junge Union möchte durch Programme und Kandidaten bei der Kommunalwahl aktiv an der Gestaltung unserer Heimat mitarbeiten: JU-Politik „made in Südbaden“.

## 2. Wirtschaft und Infrastruktur

### 2.1 Verkehrsverbünde

Südbaden braucht einen starken und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Dazu gehört auch eine attraktive Tarifgestaltung, bei der die Interessen der Pendler und sonstigen Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs im Vordergrund stehen müssen. Insbesondere muss der momentan vorhandene Tarifdschungel und –wechsel an beinahe jeder Kreisgrenze ein Ende haben. Die Junge Union Südbaden setzt sich daher für eine Zusammenlegung der bisherigen Verkehrs- und Tarifverbünde in Südbaden ein. Hierbei soll vor allem auf die vorhandenen Pendlerströme Rücksicht genommen werden. **Als sinnvoll erachten wir es, die Zahl der Verkehrsverbünde von derzeit acht auf zwei zu verringern.**

Hierbei sollten der Tarifverbund Ortenau, der Regio-Verkehrsverbund Freiburg, der Regio-Verkehrsverbund Lörrach und der Waldshuter Tarif- und Verkehrsverbund bis 2020 in einem neuen „Verkehrsverbund Ober- und Hochrhein“ zusammengefasst werden. Von der Schaffung dieses Verbundes profitieren die Pendler der betroffenen Landkreise immens. So können die Pendler von Offenburg nach Freiburg, von Lörrach nach Freiburg und von Waldshut nach Basel demnächst mit einer einzigen Monatskarte ihr Ziel erreichen.

Der andere Verkehrsverbund Südbadens sollte die Landkreise Rottweil (VVR), Schwarzwald-Baar (Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar, VSB), Tuttlingen (TUTicket) und Konstanz (Verkehrsverbund Hegau-Bodensee, VHB) umfassen. Hier gibt es zwar schon eine regionale Tarifkooperation zwischen den Verbänden VVR, VSB und TUTicket, den sog. 3er-Tarif. Dieser gilt allerdings nur für Fahrten über die jeweiligen Tarifgrenzen hinaus. Für Fahrten im Kreisgebiet gilt der Tarif des jeweiligen Verkehrsverbundes. Wichtig ist auch die Gewährleistung eines kostengünstigen Übergangs zwischen den Verkehrsverbänden. **Dieses Durcheinander gehört abgeschafft und zugleich der Landkreis Konstanz in einen gemeinsamen Verbund integriert.**

**Für Jugendliche (bis 18 Jahre), sowie für Schüler, Studenten und Auszubildende fordert die JU Südbaden eine generelle Ermäßigung von 30% des Erwachsenenfahrpreises.**

## 2.2 Verkehrswege

Unsere südbadische Wirtschaft ist auf eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Die Junge Union Südbaden setzt sich für eine zukunftsweisende Verkehrspolitik ein, welche sowohl den Verkehren der Zukunft, als auch einem gesteigerten Umweltbewusstsein Rechnung trägt.

Grundlage hierfür ist der konsequente Aus- und Neubau sowie die optimale Vernetzung von Schiene, Straße, Luftverkehr und Wasserstraßen. **Die JU Südbaden fordert daher die Elektrifizierung aller für den Personenverkehr relevanten Bahnstrecken in Südbaden.** Ebenso sind der 4-gleisige Ausbau der Rheintalbahn Karlsruhe-Basel, sowie der 2-gleisige Ausbau und Modernisierung der Gäubahn zwischen Horb und Hattingen von zentraler Bedeutung für Südbaden. Hierbei muss auch darauf geachtet werden den Ausbau möglichst modern und umweltfreundlich durchzuführen. Dazu gehört die Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung.

Große Straßenbauprojekte werden nicht in zufriedenstellender Geschwindigkeit begonnen und fertiggestellt. Insbesondere der Neubau von Autobahnen ist heute kaum mehr möglich. Von großer, überregionaler Bedeutung wäre insbesondere eine zügige Fertigstellung der Hochrheinautobahn A98, der weitere Ausbau der B33 im Kinzigtal, der B31 zwischen Geisingen und Freiburg als wichtiger Ost-West Verbindung, dem Falkensteigtunnel und dem Freiburger Stadttunnel an der B31, sowie die Schaffung einer ausreichenden Anzahl an LKW Parkplätzen mit entsprechenden Sanitäreinrichtungen entlang der A5 und entlang der Bundesstraßen. Die von Bund und Land bereit gestellten Mittel reichen allerdings bei weitem nicht aus, um alle planfestgestellten Maßnahmen zu finanzieren. Bezüglich der Planfeststellungsverfahren muss ein Umdenken stattfinden: **Die gängige Praxis, mit teuren Planungen zu beginnen, obwohl die Finanzierung fraglich ist muss aufhören.** Sie verschlingt Unsummen und ist, neben der Subventionierung von Planungsbüros, wenig zielführend.

## 2.3 Wirtschaftsförderung

Das Wirtschaftsklima in Südbaden hat sich in den vergangenen Monaten merklich abgekühlt. Der von der IHK Südlicher Oberrhein für den Kammerbezirk erstellte Geschäftsklimaindex verschlechterte sich zu Beginn 2009 zum dritten Mal in Folge. Nur noch 25% der befragten Unternehmen schätzen die aktuelle Geschäftslage gut ein. Insbesondere der Auftragseingang brach in den letzten Monaten bei Industrieunternehmen deutlich ein. In den übrigen Kammern des Regierungsbezirks, wie auch im Handel- und Dienstleistungsgewerbe werden ähnliche Entwicklungen registriert. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise zeigt daher noch einmal überdeutlich, wie sehr der geschaffene Wohlstand unserer Region täglich durch wirtschaftliches Handeln, Innovation und Unternehmertum, aber auch durch eine zielgerichtete Standortpolitik verteidigt werden muss.

**Ziel muss es sein durch eine gezielte und koordinierte Standortpolitik bestehende Wirtschaftscluster zu stärken und weitere zu etablieren.** Beispielsweise haben sich ausgehend von entsprechenden Forschungsaktivitäten in und um Freiburg Unternehmen im Bereich Solar und Geothermie angesiedelt, die heute bereits einen großen und wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes leisten. Dies muss mit Hilfe von Wirtschaft und Wissenschaft aktiv unterstützt werden, so dass sich bis zum Jahre 2020, über die bestehenden hinaus, weitere Wirtschaftscluster in Südbaden etablieren können.

**Die Junge Union Südbaden fordert, unter Koordination des Regierungspräsidiums eine Standortagentur zur weiteren Ansiedlung von Industrie und Gewerbe in Südbaden einzurichten.** Insbesondere soll dabei die Existenzgründung auf Basis von zukunftsfähigen Technologien gefördert werden. Dieser Standortagentur sollten neben dem Regierungspräsidium als Koordinator die Wirtschaftsförderungsgesellschaften und die Industrie- und Handelskammern Südbadens sowie Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft angehören. Die Standortagentur soll nationalen wie internationalen Großinvestoren als erster Ansprechpartner für eine Gewerbeansiedlung in Südbaden dienen und ihnen hilfreich zu Seite stehen. Hierbei ist nicht nur Hilfe bei der Abwicklung der Genehmigungsverfahren, sondern auch bei der Suche nach optimalen Standorten für entsprechende Großinvestoren in Südbaden notwendig.

Die Standortagentur kann Südbaden als Industriestandort vermarkten und ein einheitliches Aushängeschild für Investoren schaffen. Hierbei kann zum Beispiel die Teilnahme Südbadens an internationalen Industriemessen entsprechend der strategischen

Ausrichtung der Standortpolitik ein hilfreiches Mittel sein. **Die Junge Union Südbaden fordert deshalb weiterhin ein aktives Standortmarketing für Südbaden.**

Um Investoren jedoch ein positives Investitionsumfeld zu bieten, müssen der Ansiedlungsprozess optimal und Genehmigungsverfahren kurz sein. Ziel der Standortagentur für Südbaden muss es daher auch sein, bürokratische Hemmnisse bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe zu identifizieren und zu beseitigen. Die Junge Union Südbaden fordert daher von allen Beteiligten, für Südbaden bis 2020 kurze Verfahrensdauern und eine unbürokratische Gewerbeansiedlung zum Markenzeichen und Standortvorteil zu machen.

Des Weiteren fordert die JU Südbaden die Reform der Förderprogramme des Landes. Um internationale Unternehmen auch für Investitionen in Südbaden zu gewinnen, ist eine Erweiterung der Förderbedingungen unerlässlich. Hierbei ist es wichtig, dass beispielsweise von der Bürgschaftsbank nicht nur inländische Unternehmen gefördert werden, sondern dass auch internationale Unternehmen mit einer unselbstständigen Zweigstelle in Baden-Württemberg förderfähig werden, wenn sie dort Arbeitsplätze schaffen oder erhalten.

## 2.4 Tourismus

Der Tourismus ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Südbaden. Ihn gilt es zu fördern und entsprechend den aktuellen Veränderungen und Bedürfnissen der Urlaubsgäste in einem stetigen Fortentwicklungsprozess zu optimieren und hierbei neue Zukunftsfelder zu erschließen. 40 % des Aufkommens im Gastgewerbe in Baden-Württemberg haben ihren Ursprung in Südbaden, das mit seiner Landschaft in jeder Jahreszeit zum Erholen, Entspannen und Genießen, aber auch zur Aktivität, zum Sport, zum Erleben und Erfahren einlädt. Hierin sieht die Junge Union Südbaden die Stärken und Perspektiven des Tourismus.

Es gilt, das gemeinsame Vorgehen aller im Tourismus beteiligten Akteure zu vernetzen und mit Hoteliers, Gastronomie, Naturparks, Behörden, Kommunen, Tourismusverbänden und Verkehrsvereinen, sowie anderweitigen privaten Initiativen ein gemeinsames „Perspektivkonzept 2020“ auszuarbeiten, welches die wichtigsten Weichenstellungen bis 2020 beinhaltet. Dabei muss der Tourismus im Einklang mit der Natur und den Bedürfnissen der Menschen stehen. Neben dem weiterhin beliebten Wandertourismus müssen auch Angebote für Mountainbiker und Radwanderer ausgebaut werden. Das Projekt „Fahrradland Südbaden“ mit dem Ausbau, der Instandsetzung und Beschilderung eines auch überregionalen Radwegenetzes ist zu fördern, sowie der Bereich des Aktiv-

Urlaubs und des Öko-Tourismus wie Wandern oder Nordic-Walking ins Blickfeld zu rücken. Wachstumspotential sieht die Junge Union Südbaden gerade in der Zielgruppe der 18 bis 30-jährigen Touristen. Unsere Region muss für junge Leute noch interessanter gemacht werden, etwa durch ein breites Angebot an Fun-Sport-Aktivitäten, Rafting-Trips oder Sportwettbewerben. Kooperationen zwischen Firmen, Kommunen und Sportverbänden sind zu fördern.

Die Stärke der touristischen Standorte sieht die Junge Union Südbaden vor allem im Bereich des Wellness-Urlaubs. Hier sind in den vergangenen Jahren bedarfsgerechte Strukturen entstanden. Um im Wettbewerb mit anderen Regionen erfolgreich bestehen zu können, braucht es allerdings die Einbindung in weitere Gesamtmaßnahmen. Das bedeutet, Südbaden bis 2020 mit seinen hochwertigen regionaltypischen Produkten als „Genussregion“ in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken. Hierbei sind Erlebnisrouten wie die „Badische Weinstraße“ oder die „Badische Spargelstraße“ mit einzubeziehen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss das Marketing ausgebaut werden. Die Region Südbaden profitiert dabei von der erfolgreichen Kampagne des Landesmarketings („Wir können alles...“). **Ungeachtet dessen muss unsere Region mit eigenen Werbeaufträgen noch bekannter werden.**

## 2.5 Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Südbaden hat an der Erhaltung unserer Kulturlandschaft einen unschätzbaren Verdienst und trägt mit ihrer alltäglichen Arbeit zur Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region von hoher Qualität bei. Durch umweltverträgliche Anbautechniken wird die natürliche Lebensgrundlage vieler Tier- und Pflanzenarten erhalten und bietet für die Menschen eine einzigartige Kulturlandschaft mit hoher Lebensqualität und hohem Erholungswert. **In Südbaden müssen wir weiter die Nachfrage von regionalen Produkten stärken**, das Bewusstsein der Bürger hierfür entwickeln und die Vermarktung weiter verbessern.

## 3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Südbaden liegt im Herzen Europas. Mit unserem Nachbar Frankreich pflegen wir nicht nur im Rahmen der Europäischen Union eine intensive Freundschaft und arbeiten zusammen. Gleichzeitig ist Südbaden aber auch EU-Außengrenze. Nichtsdestotrotz sind wir mit der

Schweiz politisch, wirtschaftlich und kulturell eng verbunden. Diese Kooperationen und Freundschaften vielfältigster Art müssen nach Ansicht der Jungen Union Südbaden erweitert und vertieft werden.

**Die Junge Union Südbaden distanziert sich daher von den Äußerungen des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück anlässlich von schweizerischen Steuerschlupflöchern und verlangt eine umgehende Rückkehr zu einer sachlichen Diskussion „auf Augenhöhe“ mit der Schweiz.**

### 3.1 Infrastruktur stärken

**Die Junge Union Südbaden spricht sich für einen Ausbau der Infrastruktur entlang der Grenzen aus.** So sollten auch in den Abendstunden und an Wochenenden verstärkt Busse und Bahnen verkehren. Mobilität ist der Schlüssel zu einem tatsächlichen Zusammenwachsen. So können die vielen Grenzgänger in Zukunft auch auf ihren PKW verzichten.

In diesem Zusammenhang ist es ebenfalls von Bedeutung, gerade für Schülerinnen und Schüler, zusätzliche Angebote anzubieten. **Das bereits existierende Schülerferienticket für die Sommerferien in Baden-Württemberg soll daher zukünftig auch für das gesamte Gebiet der Metropolregion gelten.** So könnten Schülerinnen und Schüler während der Schulferien in dem Gebiet der nördlichen Schweiz, dem Elsass und Südbaden alle Bahnen, Busse und Schiffe nutzen und somit ihre Region noch besser kennenlernen.

**Die Junge Union Südbaden fordert, dass auch Infrastrukturplanungen grenzüberschreitend stattfinden sollen, denn nur so können Südbaden, Nordwest- und Ostschweiz sowie der Elsass weiter zusammenwachsen.** Dass dies notwendig ist, sieht man gerade auch bei schwierigen Themen, wie dem Fluglärm-Streit rund um den Ausbau und wachsenden Verkehr des Zürcher Flughafens. Die Junge Union möchte, dass die Einwände der deutschen Seite nicht nur Gehör, sondern auch Berücksichtigung finden.

### 3.2 Umwelt schützen

Umweltprobleme machen bekanntermaßen nicht an Staatsgrenzen halt. Eine Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt ist daher unumgänglich. Das europäische Recht ermöglicht heutzutage bereits einen besseren grenzüberschreitenden Schutz der Umweltmedien. Als positives Beispiel kann die Wasserrahmenrichtlinie herangezogen werden. Auch gibt es internationale Gremien, wie die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins. **Die Junge Union Südbaden fordert gerade auch zum Wohle des Rheins und der ihm zufließenden Gewässer eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Umweltschutzes.**

Ebenso muss die deutsche Seite bei der Suche nach einem atomaren Endlager in der Schweiz besser eingebunden werden. **Die Junge Union Südbaden verlangt daher, dass ergebnisoffene Untersuchungen stattfinden an deren Ende der sicherste Standort ausgewählt wird.**

### 3.3 Sprachfähigkeiten ausbauen

Ein fruchtbarer Austausch von jungen Leuten in der Metropolregion Oberrhein basiert hauptsächlich auf gegenseitigem Sprachverständnis. Daher ist es wünschenswert, dass in der zukünftigen Metropolregion Oberrhein auch die jeweilige Sprache des Nachbarn frühzeitig in den Schulen gelernt wird. **Daneben soll das Unterrichtsfach Französisch zukünftig an allen weiterführenden Schulen entsprechend der Nachfrage der Schüler und ihrer Eltern angeboten werden.**

### 3.4 Austauschprogramme stärken

Länderübergreifende Austauschprogramme der Schulen sind zu fördern. Die JU spricht sich außerdem für die Kooperation von Sportverbänden bei der Organisation von länderübergreifenden Freundschaftsspielen und Wettbewerben aus. Auch gemeinsame grenzüberschreitende Projektstage sind eine Möglichkeit.

### 3.5 Regionale Städtepartnerschaften anstreben

Die Junge Union Südbaden spricht sich außerdem dafür aus, regionale Städtepartnerschaften stärker zu fördern, denn das Zusammenwachsen der Region hängt wesentlich auch von der Begegnung vor Ort ab. So könnten Städte in der Nordschweiz, im Elsass und in Südbaden das Zusammenwachsen in der Region beispielsweise durch Kulturveranstaltungen, Sportveranstaltungen oder Schüleraustausche fördern. Eine formelle Städtepartnerschaft, die oft nur Geld kostet, aber wenig zum Austausch der Bürger beiträgt, ist dazu nicht notwendig.

### 3.6 Drei-Nationen-Spiele

Sport verbindet junge Menschen besonders schnell. Dabei spielt der kulturelle Hintergrund oder die Sprache meistens nur eine untergeordnete Rolle. Es ist daher einen Versuch wert, über den Sport regionale Grenzen verschwinden zu lassen. **Die Junge Union Südbaden spricht sich daher für die Einführung der „Drei-Nationen-Spiele“ aus.**

Verschiedene Schulen oder Jugendorganisationen aus Südbaden, dem Elsass, der Nordwest- und Ostschweiz könnten dabei in verschiedenen Sportarten gegeneinander antreten. Es ist wünschenswert dies an verschiedenen Standorten in den drei Nachbarländern Schweiz, Deutschland und Frankreich durchzuführen.

### 3.7 Wissensregionen Oberrhein und Bodensee vertiefen

Bereits heute besteht im Rahmen des EUCOR-Programms die Möglichkeit zu universitärem Austausch entlang des Oberrheins. Studenten können in bestimmten Fächern an den Universitäten Basel, Straßburg, Freiburg, Mulhouse studieren und sich die besuchten Veranstaltungen an den jeweiligen Hochschulen für ihr Studium anrechnen lassen. Auch die Internationale Bodensee-Hochschule, ein Verbund von 26 Hochschulen rund um den Bodensee, ermöglicht ein Studieren über die Landesgrenzen hinweg.

Die Junge Union Südbaden begrüßt diese Möglichkeit und pocht auf eine größere Verbreitung dieses Angebots bei den Studenten der Region. Auch das bereits bestehende Angebot an transnationalen Studiengängen ist aus Sicht der Jungen Union Südbaden weiter auszubauen. Um diese Möglichkeiten noch besser nutzen zu können bedarf es jedoch einer Angleichung der Semestertermine. **Zudem fordert die Junge Union Südbaden im Rahmen der Umstellung auf BA- / MA-Abschlüsse eine vollständige Anerkennung von bereits erbrachten Studienleistungen.**

### 3.8 Internationale Gremien weiterentwickeln

Bereits heute gibt es mehrere internationale Gremien wie die Oberrheinkonferenz oder die Internationale Bodenseekonferenz. Diese Zusammenschlüsse fördern seit mehreren Jahrzehnten erfolgreich die regionale Zusammenarbeit, die Lösung grenzüberschreitender Probleme und die Integration u.a. zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Die Junge Union Südbaden ist der Ansicht, dass diese Beratungsgremien mittel- bis langfristig zu echten Entscheidungsgremien weiterentwickelt werden.

**Die Junge Union Südbaden begrüßt den Verbleib der Deutsch-Französischen Brigade in Südbaden.**

## 4. Umwelt

Die Junge Union Südbaden setzt sich für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Schutz der nicht regenerativen Rohstoffe durch Förderung von erneuerbarer Energien ein. Steigende Energiekosten durch Ressourcenknappheit bedeuten massive finanzielle

Mehrbelastungen für private Haushalte und den mittelständischen Kern unserer Wirtschaft. Somit stehen auch Arbeitsplätze und der Wohlstand unseres Landes auf dem Spiel. Zudem werden nur durch die Förderung von mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und die beschleunigte Marktintegration der neuen Energieträger durch vereinfachte Bürokratie die Energiekosten für die Verbraucher bezahlbar bleiben. Dabei müssen verantwortungsvolles Handeln der Bürger und Investitionen der Unternehmen in nachhaltige Technologien durch Subventionen gefördert werden.

Energiepolitik ist heute nicht nur mit der Wirtschaftspolitik verzahnt, sondern muss vielmehr auch als Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden. Denn als rohstoffarme Volkswirtschaft werden wir trotz des richtigen und wichtigen Ausbaus erneuerbarer Energien langfristig auf Energieimporte angewiesen sein.

Die kommenden Herausforderungen auf dem Energiesektor von Klimabündnis bis Emissionshandel, von Energieforschung bis Versorgungssicherheit, können nur durch europäische und internationale Zusammenarbeit gemeistert werden.

**Die Junge Union Südbaden fordert deshalb eine Gesamtstrategie für eine zukunftssichere und umweltfreundliche Energieversorgung in Europa.**

#### **4.1 Energieversorgung in Südbaden – sicher, bezahlbar und nachhaltig: Förderung der Energieeffizienz durch Energieagenturen**

Die Reduzierung des Primärenergiebedarfs in Südbaden durch Effizienzsteigerungen muss oberste Priorität haben. Der sparsame und verantwortungsbewusste Umgang mit Energie muss für die privaten Haushalte, Unternehmen und Kommunen zur Selbstverständlichkeit werden.

Hierbei können die Energieagenturen einen wertvollen Beitrag leisten. Die Kombination von Fachwissen und Kenntnis der spezifischen, örtlichen Gegebenheiten sind eine optimale Voraussetzung. Die Energieagenturen sind wichtige, unabhängige Partner bei der Umsetzung von Klima- und Umweltschutzbemühungen des Landes Baden-Württemberg durch Beratung und Serviceleistung. Neben der reinen Beratung für Immobilieneigentümer und Mieter tragen die Energieagenturen durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildungsangebote dazu bei, die Bürger für die Themen Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien zu sensibilisieren und ein nachhaltiges Denken und Handeln zu fördern.

Auch die Einführung von kommunalen Energiebeauftragten soll gefördert werden. Die durch Gemeinderatsbeschluss bestimmten Energiebeauftragten sind z. B. für die Einführung, Pflege und Weiterentwicklung des kommunalen Energiemanagements und für Energiebilanzen zuständig.

**Die Junge Union Südbaden fordert deshalb die flächendeckende Einrichtung von Energieagenturen und die Einführung von kommunalen Energiebeauftragten zur Förderung der Energieeffizienz.**

## 4.2 Energielieferant ländlicher Raum

Der Großteil der Bevölkerung in Südbaden lebt im ländlichen Raum. Genau hier liegt das große Potenzial der energieautarken Kommunen. Energieautark bedeutet, dass der Energieverbrauch einer Gemeinde vollständig mit einer heimischen, erneuerbaren Energiequelle direkt vor Ort abgedeckt und stromseitig wie wärmeseitig versorgt wird.

Die Einführung von nachhaltigen Energiesystemen in kleinen Gemeinden wie z. B. durch Nahwärmenetze, Holzhackschnitzelheizungen, Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen, Geothermie, Wasserkraft und Windkraft muss gefördert werden und langfristig in die Energieautarkheit führen. Alle derzeit praktisch nutzbaren alternativen Energietechniken sollen ideologiefrei vor Ort vereinigt werden.

**Eine flächendeckende Schaffung von energieautarken Regionen hat deshalb für die JU Südbaden eine hohe Priorität.** Zudem fließen die Energiekosten nicht mehr ab, sondern bleiben als Kaufkraft vor Ort.

Das Beispiel des Bioenergiedorfs in Immendingen-Mauenheim im Landkreis Tuttlingen geht hier mit gutem Beispiel voran und hat sich in der Praxis bewährt.

**Die Junge Union Südbaden fordert deshalb, dass bis 2020 alle Gemeinden und Ortschaften in Südbaden mit weniger als 1000 Einwohnern durch regenerative Energien autark zu versorgen sind.** Dieses Potential gilt es weiter bekannt zu machen und Investitionskredite bereit zu stellen.

## 4.3 Emissionsfreier ÖPNV

In Südbaden fahren beim ÖPNV viele Busse in öffentlichem Auftrag. Beispielsweise hat so die Südbadenbus GmbH mit rund 38,9 Millionen Fahrgästen im Jahr einen erheblichen Einfluss auf die Bewusstseinsbildung für alternative Antriebstechnologien. Bei einer Fahrleistung von 31,7 Millionen Kilometern und einem Fuhrpark von 500 Bussen kommen erhebliche Benzinkosten und belastende Emissionswerte durch herkömmliche Verbrennungsmotoren zustande. Daneben gelten ab 01.01.2010 strengere Grenzwertvorgaben für Feinstaub durch das Bundes-Immissionsschutzgesetzes, und die Zahl der Umweltzonen in den Städten steigt. Erfolgreiche Beispiele, wie in der Stuttgarter Innenstadt, konnten durch Biokraft-, Brennstoffzellen-, Elektro-, Wasserstoff-, Erdgas-, und Hybridtechnologie den Energieverbrauch und die spezifische Schadstoffemission pro Fahrgast reduzieren. **Deshalb fordert die JU Südbaden bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Bussen im ÖPNV um mindestens 20 % zu verringern.** Bei den Ausschreibungen muss dies zur Bedingung gemacht werden. Die Flotten der ÖPNV-Gesellschaften müssen langfristig auf alternativen Antriebstechnologien umgerüstet werden.

## 4.4 Flächenmanagement

Der natürliche Lebensraum und die Naturlandschaft müssen erhalten bleiben. Insbesondere beim integrierten Rheinprogramm muss der Flächenverbrauch minimiert werden. Gleichzeitig müssen die Gemeinden die Möglichkeit haben, sich weiter zu entwickeln. Die JU Südbaden setzt sich ein für einen Ausgleich der Bedürfnisse nach Schutz und Entwicklung. Dabei muss der Grundsatz sein, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten und bestehende Nutzflächen zu erneuern. **Die JU Südbaden lehnt ein Verbot des Mehrverbrauchs ab und fordert, dass auch durch eine intra- und interkommunale Bilanz der Flächenverbrauch ausgeglichen werden muss.**

## 5. Bildung

### 5.1 Schulstruktur im ländlichen Raum

Für die JU Südbaden stehen zwei Grundsätze fest: Erstens muss jeder Schüler unabhängig von seinem Wohnort die gleichen Bildungschancen erhalten. Die gilt gerade im ländlich geprägten Südbaden. Zweitens ist das dreigliedrige Schulsystem der richtige Ansatz, um Schüler individuell gemäß ihren Fähigkeiten zu fördern. Es bietet genügend Anschlussmöglichkeiten, um allen Schülern die Möglichkeit zu geben, die Schullaufbahn bis zum Abitur fortzuführen.

Daraus folgt, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen ein flächendeckendes Angebot aller Schularten aufrechterhalten werden soll. Derzeit sind oft Schulen in kleineren Orten oder eingemeindeten Ortsteilen von Schließungen bedroht. Dies brächte nicht nur

offenkundige Nachteile für Schüler und Eltern, sondern auch für die langfristige Entwicklung der betroffenen Gemeinden mit sich. Die JU Südbaden hält es deshalb für richtig, Schulstandorte möglichst zu erhalten. Die Vorteile müssen jedoch gegenüber den Nachteilen – der finanziellen Belastung der Schulträger und des Landes sowie der sinkenden Unterrichtsqualität in Kleinstschulen – abgewogen werden.

Vielversprechender ist es daher, von vornherein für eine hohe Attraktivität der Schulen im ländlichen Raum zu sorgen. **Die JU Südbaden unterstützt nachdrücklich das Vorhaben der Landesregierung, zweizügige Hauptschulen zu Werkrealschulen auszubauen, so dass Schüler mit einem guten Hauptschulabschluss (ab 3,0 in den Kernfächern) ein hochwertiges weiterführendes Bildungsangebot erhalten.** Werkrealschulen sollen eine einheitliche Schulleitung besitzen und über eine Kooperation von Haupt- und Realschulen hinausgehen.

Außerdem ist die Möglichkeit zu bedenken, Schulen im ländlichen Raum mit Schülern aus städtischen Gebieten besser auszulasten. Dies kann in gewissen Situationen eine sinnvolle Alternative zur Konzentration von Schulen in Städten darstellen.

## 5.2 Ganztageschulen

Die JU Südbaden befürwortet den weiteren, bedarfsorientierten Ausbau der Ganztagsangebote. Schüler können zusätzlich gefördert werden und haben einen weniger eng gepackten Schultag. Eltern werden durch die Ganztageschule entlastet, da die Kinder für die Schulzeit versorgt werden. Vor allem im ländlichen Raum, wo die Verkehrsanbindungen teilweise schlecht sind, sind Ruhe- und Arbeitsräume sowie eine Mensa in der Schule sinnvoll. **Die JU Südbaden spricht sich jedoch weiterhin gegen eine generelle Einführung der Ganztageschule aus und fordert, den Schulen die nötigen Freiräume für eine regional sinnvolle Rhythmisierung des Stundenplans zu geben.**

Beim Ausbau der Ganztagsangebote muss vermehrt auf die Qualität geachtet werden. Es reicht nicht, Mensen an den Schulen zu errichten, denn an vielen Schulen haben weder Schüler noch Lehrer Arbeitsplätze und Räume zur Erholung und Entspannung. Die Schulen in Südbaden sind in der Regel noch weit davon entfernt, sich als „Lebensraum Schule“ bezeichnen zu können. **Deshalb fordert die JU Südbaden erstens, dass Ganztageschulen ein pädagogisches Gesamtkonzept ausarbeiten und umsetzen müssen. Wir fordern zweitens, dass mehr Geld in pädagogisches Personal sowie in den Ausbau und die Ausstattung der Schulen, z.B. in die Einrichtung ausreichender und fester Lehrerarbeitsplätze investiert wird, mit dem Ziel, den Lehrkräften in Zukunft die Möglichkeit zu geben, der Schule ganztags auch für Aufgaben außerhalb des Unterrichts, wie Korrektur, Aufsicht, Nachhilfe, Aushilfe etc. zur Verfügung zu stehen.** Dafür sollen auch Mittel des Konjunkturpakets II, die bisher nur für die energetische Gebäudesanierung verwendet werden können, genutzt werden.

### 5.3 Lehrerversorgung

Um den Schulalltag optimal an die Bedürfnisse der Schüler und Eltern anpassen zu können, müssen die Schulen in den kommenden Jahren über eine ausreichende Kapazität an Lehrkräften verfügen. Die JU Südbaden fordert deshalb, dass der derzeitige Kurs bei der Lehrereinstellung beibehalten wird und dass weiterhin neue Lehrerstellen geschaffen werden.

### 5.4 Keine Zweitwohnsitzsteuer für Studierende

Viele Studierende in Baden-Württemberg haben ihren Studienort nur als Zweitwohnsitz angemeldet. Dafür gibt es oft gute Gründe wie z. B. ein ehrenamtliches Engagement im Heimatort. Diese Studierenden sind nun von der Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer betroffen, obwohl sie durch das Studium bereits eine große finanzielle Last zu tragen haben. **Die JU Südbaden fordert deshalb, die Zweitwohnsitzsteuer für Studenten abzuschaffen bzw. nicht einzuführen.**

## 6. Gesundheits- und Katastrophenschutz

### 6.1 Ärztliche Versorgung

Nach Ansicht der JU Südbaden muss das jetzige Hausarztssystem und die flächendeckende Facharztversorgung erhalten bleiben. Daher muss der Beruf des Landarztes für junge Ärzte wieder attraktiv gemacht werden. Momentane Lage ist, dass schon jetzt Ärzte in Südbaden keine Nachfolger mehr finden können. Derzeit ist die örtliche Arztversorgung nicht gesichert. Dies ist unter anderem den unregelmäßigen Arbeitszeiten und geringeren Verdienstmöglichkeiten als in urbaneren Landesteilen oder auch im Vergleich zu dem Nachbarstaat Schweiz geschuldet. **Daher könnte jungen Ärzten durch finanzielle Vorteile, wie z.B. kostenlose Praxisräume, Dienstwohnungen oder Dienstwagen, die Berufsausübung im ländlichen Raum wieder schmackhaft gemacht werden.**

### 6.2 Kliniken

**Um Patienten bestmöglich versorgen zu können, spricht sich die Junge Union Südbaden für den Erhalt und die Verbesserung der jetzigen Klinikinfrastruktur in**

**Südbaden bis in das Jahr 2020 aus.** Trotz des hohen Kostendruckes im Gesundheitswesen müssen bedürftige Menschen ein Krankenhaus in adäquater Zeit erreichen können, um eine effektive Erst- und Weiterversorgung zu erhalten. Damit soll von der bisherigen Politik der Zentralisierung, insbesondere in den Schwarzwaldregionen, Abstand genommen werden.

### 6.3 Rettungsdienste

**Die dezentralen Strukturen des Rettungsdienstens sollen nach Ansicht der Jungen Union Südbaden erhalten bleiben.** Denn nur so ist die Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist von 15 Minuten aus heutiger Sicht zu halten. Zudem steigt die Anzahl der Notfälle. Je Bedarf ist deshalb die Anzahl der Rettungszentren zu erhöhen und mit mehr Personal auszustatten. Dazu muss der Rettungsdienstplan BW und die darauf aufbauenden Bereichspläne, welcher die Anzahl und Orte der Fahrzeuge vorschreiben, regelmäßiger als bisher an Hand einer durchzuführenden Hilfsfristanalyse überarbeitet werden. Dabei ist zu beachten, dass die Fahrzeuge durch die erhöhte Belastung früher als bisher getauscht werden. Um bei deren Anschaffung Geld zu sparen, soll das Land bis in das Jahr 2020 eine zentrale Fahrzeugbeschaffung für Rettungsfahrzeuge durchführen, wie es bereits in Bayern und Schleswig-Holstein praktiziert wird. Diese sollen dann den Hilfsorganisationen zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden.

### 6.4 Katastrophenschutz

Die Junge Union Südbaden begrüßt das neue Katastrophenschutzkonzept des Landes, welches bis in das Jahr 2011 umgesetzt werden soll. Jedoch müssen die dafür notwendigen Anschaffungen auch finanziert werden. **Daher fordert die JU, dass sich das Land an den dafür notwendigen Anschaffungskosten beteiligt und diese nicht allein den Hilfsorganisationen aufbürdet.** Diese organisieren den Katastrophenschutz auf Basis eines breiten ehrenamtlichen Engagements und können die Einrichtung des neuen Konzeptes finanziell nicht alleine schultern.

### 6.5 Feuerwehr

Viele Feuerwehren in ländlichen Gegenden oder Städten mittlerer Größe haben extreme Probleme tagsüber genügend Einsatzkräfte zur Verfügung zu haben. Feuerwehrangehörige haben zudem an ihren Arbeitsstellen und in ihrer Karriere im Vergleich zu ihren Arbeitskollegen erhebliche Nachteile. **Die JU Südbaden fordert deshalb Anreize für ehrenamtliches Engagement zu schaffen.** Eine Möglichkeit hierfür wäre zum Beispiel das

Rentensystem der Freiwilligen Feuerwehr Singen. Hierbei erhalten die Feuerwehrmitglieder entsprechend der Beteiligung an Übungen und Weiterbildungen Zahlungen in eine Rentenkasse, die dann im Rentenalter ausbezahlt werden.

Da ab sofort wieder mehr junge Männer zum Wehrdienst eingezogen werden sollen, muss auch die Möglichkeit des Wehersatzdienstes bei den örtlichen Feuerwehren, Rettungsdiensten oder dem technischen Hilfswerk bekannter gemacht werden. **Die JU Südbaden fordert deshalb eine landesweite Werbekampagne für den (Wehersatzdienst) in den oben genannten Bereichen.**

## 7. Haushaltspolitik

### 7.1 Transparenz der kommunalen Haushalte fördern

Die durch die Finanzkrise verursachte Rezession in der Realwirtschaft wird durch wegbrechende Gewerbe-, und Grundsteuereinnahmen, aber auch durch fehlende Einkommenssteuer-, und Umsatzsteueranteilen zu erheblichen Steuereinbußen in den Kommunen führen. Dies bedeutet in naher Zukunft noch weniger Handlungsspielraum für die Kommunalpolitik und eine meist zunehmende Nettoneuverschuldung der Haushalte. Um aber auch in Zukunft generationengerechte und nachhaltige Haushalte bei verengtem Handlungsspielraum zu gewährleisten, ist es nötig, den Bürgern vor Ort zu sagen, was machbar und finanzierbar ist, und was nicht. Für die Städte und Gemeinden, inklusive ihrer Unternehmen und Beteiligungen, muss die Nettonullverschuldung erreicht werden. Von diesem Grundsatz kann nur abgewichen werden soweit nachhaltige Investitionen zu finanzieren sind. Wir fordern diese Verschuldungsgrenze in der Gemeindeordnung fest zu schreiben.

**Die Junge Union Südbaden fordert nicht nur für das Land die Nettonullverschuldung, sondern auch im Bereich der Kommunalpolitik eine nachhaltige Finanzpolitik.**

Wir wollen, dass mit den Steuergeldern der Bürger verantwortlich umgegangen wird und auch in Zukunft noch finanzielle Spielräume für die Gestaltung vor Ort vorhanden sind. Zwar ist es in den meisten Städten und Gemeinden in der aktuellen Krise unrealistisch, die Verschuldung abzubauen. Aber sobald die Einnahmen sich wieder positiv entwickeln, muss die Neuverschuldung stufenweise zurückgeführt werden, um dann die Verschuldung abbauen zu können. Dazu dürfen die Ausgaben nicht stärker steigen als die Einnahmen.

**Die Junge Union Südbaden spricht sich daher für die Einführung kommunaler Schuldenbremsen aus**